

Frankreich zwischen den Wahlen

GERHARD MARCHL

Karl-Renner-Institut, Leiter des Bereichs Europäische Politik

www.renner-institut.at

Auf einen Blick:

- Mit 58,5 % der Stimmen wurde Staatspräsident Emmanuel Macron am 24. April 2022 klar wiedergewählt, doch gegenüber 2017 hat er an Unterstützung und Rückhalt eingebüßt.
- Die großen Städte Frankreichs blieben die Hochburgen Macrons, während am Land seine Kontrahentin Marine Le Pen zum Teil eindeutig vorne lag. Der Linke Jean-Luc Mélenchon, der die Stichwahl knapp verpasste, konnte im ersten Wahlgang in den großen Städten und den Überseegebieten beachtliche Ergebnisse erzielen.
- Macron konnte in der Stichwahl vor allem bei den ganz jungen Wähler:innen, den Senior:innen, höheren Angestellten und den Zufriedenen punkten. Auch die Linken tendierten zu ihm, obwohl er in seiner ersten Amtszeit hauptsächlich eine rechte Politik verfolgt hatte.
- Noch mehr als im Jahr 2017 ging es bei der Stichwahl 2022 für viele Wähler:innen darum, das größere Übel von der Macht fernzuhalten und das kleinere Übel zu wählen. Dementsprechend niedrig war die Wahlbeteiligung (72 %).
- Frankreichs Demokratie hat auch deswegen in den letzten Jahren an Lebendigkeit eingebüßt, weil das Präsidentenamt gestärkt wurde und das Parlament an Einfluss verloren hat. Unter Macron hat sich diese Tendenz noch verstärkt, indem er die traditionelle Parteienlandschaft zerstört und die Macht auf sich und sein engstes Umfeld konzentriert hat.
- Bei den Parlamentswahlen im Juni hat Macrons Partei La République en marche erneut gute Chancen, die absolute Mehrheit zu erringen. Die linken Parteien verhandeln derzeit um ein Bündnis unter der Führung Mélenchons. Die Sozialistische Partei kämpft gegen die Bedeutungslosigkeit. Eine Wiedervereinigung der Linken muss längerfristig das Ziel sein.

Emmanuel Macron hat es wieder geschafft. Am 24. April 2022 wurde der Amtsinhaber mit 58,5 % bzw. 18,78 Millionen Stimmen wiedergewählt. Seine Kontrahentin, Marine Le Pen vom Rassemblement National, errang 41,5 % bzw. knapp 13,3 Millionen Stimmen. Macron schnitt damit wesentlich besser ab, als die Umfragen vor der Stichwahl vorhergesehen hatten, und er ist der erste Staatspräsident seit Jacques Chirac, dem die Wiederwahl gelang. Im Vergleich zur Stichwahl vor fünf Jahren jedoch musste Macron erhebliche Verluste einstecken: 2017 war er noch auf 66,1 %, Le Pen auf 33,9 % der Stimmen gekommen. Damals hatte Macron noch 20,7 Millionen Stimmen auf sich vereinigen können, Le Pen 10,6 Millionen.

Große regionale Unterschiede

Die französischen Regionen wählten erneut sehr unterschiedlich. In den großen Städten konnte Macron erneut erstaunlich hohe Ergebnisse erzielen. In der Hauptstadt Paris waren es 85 % der Wähler:innen, in Frankreichs drittgrößter Stadt Lyon fast 80 %, in Bordeaux ebenfalls 80 % sowie in Toulouse und Strasbourg jeweils 77 %. Auch in Marseille, der zweitgrößten Stadt des Landes, die von enormen sozialen Problemen betroffen ist und einen besonders hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund aufweist, votierten in der Stichwahl fast 60 % für den Amtsinhaber. Interessant auch der Blick auf das nordfranzösische Lille: Auch hier erreichte Macron mit 76 % ein außerordentliches Ergebnis, obwohl die gesamte Region Hauts-de-France mit 52 % für Le Pen stimmte.

Abgesehen von den großen Städten konnte Macron besonders die Wähler:innen in traditionell links wählenden Regionen überzeugen, nämlich in der Bretagne (66 %) und Pays de la Loire (65 %) im Westen. Besonders stark schnitt er aber auch in der Île-de-France, also der Großregion um und inklusive Paris, ab, wo er 73 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Le Pen hingegen konnte in den Überseegebieten ihre besten Ergebnisse verzeichnen, allen voran in Guadeloupe mit über 69 % der Stimmen, gefolgt von Martinique und Guyane (jeweils fast 61 %). In Europa konnte die Rechtsaußen-Politikerin auf Korsika (58 %), ganz im Norden, also in Hauts-de-France (52 %) und in der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur (50,5 %) die Mehrheit für sich gewinnen. Allesamt sind das Regionen, in denen die Armutsquote überdurchschnittlich hoch ist.

Quer über das Land konnte Le Pen vor allem die Wähler:innen des ländlichen Raums von sich überzeugen. Die Dörfer und Kleinstädte waren für Le Pen vielerorts ein Heimspiel.

Wahlverhalten der Anhänger:innen Mélenchons

Für den Ausgang der Stichwahl war es von entscheidender Bedeutung, wie sich die Anhänger:innen des radikalen Linken Jean-Luc Mélenchon entscheiden würden. In der ersten Runde am 10. April hatte er den Einzug in die Stichwahl mit 21,9 % der Stimmen nur knapp verpasst; 420.000 Stimmen hatten auf Le Pen (23,1 %) gefehlt. Macron war mit 27,8 % klar vorne gelegen.

Besonders stark hatte Mélenchon einerseits in den Großstädten abgeschnitten. In Toulouse (mit fast 37 % weit vor Macron), Strasbourg (35 %) und Marseille (31 %) hatte er jeweils den ersten Platz erreicht. In der Île-de-France war er mit 30,2 % ebenfalls knapp vor Macron platziert gewesen.

Andererseits hatte er in den Überseegebieten höchst beachtliche Ergebnisse erreicht: Guadeloupe 56 %, Martinique 53 %, Guyane 50 % und La Réunion 40 %. Einer der Gründe liegt in der sozialen Misere. In den Überseegebieten sind überdurchschnittlich viele Menschen von Armut, Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit betroffen. Auf Mayotte beispielsweise leben sieben von zehn Personen unter der Armutsgrenze, in Guyane jede:r zweite.

Noch in der Wahnacht des 10. April rief Mélenchon seine Wähler:innen auf, in der zweiten Runde Le Pen zu verhindern. Ein Blick auf die Ergebnisse der beiden Wahlgänge zeigt eindeutig, dass gerade in den Großstädten der Aufruf fruchtete. Aus vielen Mélenchon-Wähler:innen wurden Macron-Wähler:innen. In den Überseegebieten wanderten viele von ihnen zu Le Pen weiter.

Wahlbefragungen bestätigen den Trend: Laut Ipsos votierten 42 % der Wähler:innen Mélenchons für Macron, 17 % für Le Pen. Aber immerhin 41 % wählten in der Stichwahl weiß oder gar nicht.

Wahlverhalten bestimmter Gruppen

Laut der bereits genannten Wahlbefragungen von Ipsos konnte Macron vor allem auf die ganz Jungen und die Senior:innen zählen. 61 % der 18- bis 24-Jährigen und sogar 71 % der Wähler:innen ab 70 Jahren, die überdurchschnittlich vom Wahlrecht Gebrauch machten, wählten den Amtsinhaber. In den Altersgruppen dazwischen war das Wahlverhalten weitgehend ausgeglichen.

Hinsichtlich des beruflichen Hintergrunds konnte Macron vor allem beim Management, bei höheren Angestellten und Pensionist:innen punkten, während Le Pen vor allem von Angestellten und Arbeiter:innen (67 %) gewählt wurde. Auch nahezu zwei Drittel der Arbeitslosen machten ihr Kreuz bei Le Pen. Zu diesem Bild passt auch, dass die Unzufriedenen und Benachteiligten in großer Mehrheit für die Rechtsaußen-Kandidatin stimmten, die im Wahlkampf für viele glaubhaft die Themen Kaufkraft sowie soziale und wirtschaftliche Benachteiligung thematisiert hatte.

Interessant ist noch ein Blick auf das Stimmverhalten abhängig von der politischen Einstellung, zumal sich Macron 2017 als ein Kandidat der Mitte präsentiert hatte, der die Trennlinie zwischen Links und Rechts überwinden wolle. In seiner ersten Amtszeit jedoch machte er vor allem rechte Politik (insb. in Wirtschaftsfragen) und spaltete die Gesellschaft noch weiter, wie Macron-Biograph Joseph de Weck bei einer Veranstaltung des Karl-Renner-Instituts Mitte März 2022 betonte. Die rechte Wählerschaft tendierte jedoch bei der Stichwahl zu etwa zwei Drittel zu Le Pen, während 81 % jener Linken, die bei der Stichwahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, für Macron stimmten.

Die Wahl für das kleinere Übel

Die Ergebnisse und Wahlbefragungen zeigen klar auf, dass sowohl Macron als auch Le Pen für viele nicht die erste Wahl waren bzw. als unwählbar galten. Viele Franzosen und Französinen empfanden die Stichwahl als eine Wahl zwischen Pest und Cholera, nämlich zwischen einem Amtsinhaber, der vor allem für die Reichen Politik gemacht hatte und als arrogant und abgehoben gilt, und einer Kandidatin der Extremen Rechten, die trotz ihres sozialen Anstrichs für viele als unwählbar galt.

Mehrere Zahlen verdeutlichen diesen Befund:

- Im ersten Wahlgang am 10. April konnten beide Kandidat:innen gemeinsam nur 51 % der Stimmen erringen, knapp die Hälfte der Wähler:innen wollten also jemanden anderen in der Stichwahl sehen.
- Während im ersten Wahlgang noch fast 74 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben hatten, erreichte die Beteiligung an der Stichwahl nur mehr 72 %, einen historisch sehr niedrigen Wert. Über 13,6 Millionen Franzosen und Französinen fühlten sich nicht angesprochen und blieben zuhause. Besonders niedrig war die Wahlbeteiligung in den Übersee-Départements (Guyane: 39 %!), aber auch Korsika mit 61 %.

Zu den Hauptmotiven der Wahlverweigerer:innen gehörten, dass kein:e Kandidat:in den eigenen Vorstellungen entsprach; dass sie es satt hatten, nur wählen zu gehen, um eine:n Kandidat:in zu verhindern; dass aus ihrer Sicht das Wahlergebnis bereits feststand; dass sie beide Kandidat:innen komplett ablehnten. Dieses Motiv war unter den Anhänger:innen Jean-Luc Mélenchons sowie des Grünen Yannick Jadot besonders groß.

- Über drei Millionen Menschen nahmen zwar in der Stichwahl ihr Wahlrecht in Anspruch, wählten aber weiß (über 6 % der Wähler:innen) oder ungültig (über 2 %) – ein stiller, aber klarer Protest gegen das Kandidatenfeld. Die entsprechenden Zahlen waren übrigens 2017 noch höher gewesen, allerdings bei einer höheren Wahlbeteiligung.
- Laut Umfragen wollten 42 % der Wähler:innen Macrons vor allem Marine Le Pen verhindern. Dieses Motiv war unter jenen, die im ersten Wahlgang Mélenchon und Jadot gewählt hatten, besonders groß. Aber auch für die ursprünglichen Anhänger:innen der Konservativen Valérie Pécresse stand dieses Motiv im Vordergrund.

Jedoch auch nahezu die Hälfte der Wähler:innen Le Pens (46 %) sahen in ihr nicht so sehr eine gute künftige Präsidentin, sondern wollten mit ihrem Stimmverhalten vor allem Macron verhindern. Es ging also vielen Wähler:innen beider Seiten in beachtlichem Ausmaß darum, das kleinere Übel zu wählen oder das größere Übel von der Macht fernzuhalten.

Innerhalb von 20 Jahren war dies nun nach 2002 (Jacques Chirac – Jean-Marie Le Pen) und 2017 die dritte Stichwahl, bei der sich viele, vor allem linke Wähler:innen mit keinem/keiner der beiden Kandidat:innen wirklich identifizieren konnten. Dieser Umstand ist auf Dauer einem lebendigen demokratischen System nicht zuträglich.

Ein starkes Präsidentenamt, ein schwaches Parlament

Frankreichs Demokratie hat auch deswegen in den letzten Jahren an Lebendigkeit eingebüßt, weil das Staatsoberhaupt weiter gestärkt und das Parlament an Einfluss verloren hat. In den letzten 20 Jahren ist das französische Präsidentenamt im internationalen Vergleich zu einem der stärksten eines demokratischen Staates geworden. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf eine Verfassungsreform, die im Jahre 2000 unter dem damaligen konservativen Präsidenten Jacques Chirac initiiert und vom Volk im Rahmen eines Referendums angenommen wurde, und auf ein neues Wahlgesetz aus dem Jahre 2001 zurückzuführen.

Es wurden damals zwei Weichenstellungen vorgenommen: Zum einen wurde die Amtszeit des/der Präsident:in von sieben auf fünf Jahre verkürzt. Zum anderen wurde festgelegt, dass die Wahlen zur Nationalversammlung ebenfalls alle fünf Jahre im Juni stattfinden, wenige Wochen nach den Präsidentschaftswahlen. Damit sollte sichergestellt werden, dass das frisch gewählte Staatsoberhaupt vom Stimmvolk mit einer Mehrheit in der Nationalversammlung ausgestattet wird und somit sein Programm umsetzen kann. Eine sogenannte Cohabitation, also die ungeliebte und oft schwierige Zusammenarbeit zwischen Präsident:in und Nationalversammlung und somit Regierung aus unterschiedlichen Lagern, wie sie in den 1980er und 1990er Jahren öfter vorkam, sollte somit verhindert werden.

Die Verfassungsreform und die Reform des Wahlgesetzes verfehlten nicht ihr Ziel: Seit 2002 wurde der frisch gewählte Präsident jeweils in den Parlamentswahlen wenige Wochen später stets mit einer Mehrheit in der Nationalversammlung ausgestattet. Das Mehrheitswahlrecht, das bei den Wahlen angewendet wird, kommt dem noch zugute. Eine unter Umständen lähmende Cohabitation musste folglich in diesem Jahrhundert noch nicht eingegangen werden.

Der Nachteil ist, dass die Parlamentswahlen vor allem nur mehr dem Zweck dienen, eine Mehrheit für das Staatsoberhaupt zu sichern. Das hat zur Folge, dass das Wahlergebnis nur bedingt die eigentlichen Kräfteverhältnisse und die Stimmung im Land widerspiegelt. Denn taktisches Wahlverhalten wird gefördert, und gleichzeitig ist es für viele Wähler:innen nicht mehr attraktiv, an den Parlamentswahlen teilzunehmen. In den letzten 25 Jahren ist die Beteiligung kontinuierlich zurückgegangen, von 71 % 1997, über 60 % im Jahre 2002 und auf nur mehr 42 % bei letzten Wahlen 2017. Gleichzeitig wurde der Abstand zur Wahlbeteiligung an den Präsidentschaftswahlen immer größer: Betrug er im Jahr 2002 „nur“ 20 Prozentpunkte, waren es 2017 schon rund 33 Prozentpunkte: fast 75 % der Wahlberechtigten nahmen an der Stichwahl Macron gegen Le Pen teil, wie erwähnt aber nur 42 % an den Wahlen zur Nationalversammlung.

Unter Macron ist ein weiterer Faktor hinzugekommen: Er hat es nach seiner Wahl zum Präsidenten 2017 geschafft, im ganzen Land Kandidat:innen für seine Wahlbewegung „La République en marche“ aufzustellen, die auch mehrheitlich gewählt wurden. Im Gegensatz zu den traditionellen Parteien, die fest verankerte Strukturen vor Ort haben, und die ihre Kandidat:innen für die Parlamentswahlen dezentral nominieren, sucht der Präsident sich „seine“ Kandidat:innen selbst aus. Diese zeichnen sich wiederum mit einem Ausmaß an persönlicher Gefolgschaft aus, die übliche parteipolitische Loyalitäten weit übersteigt. Die Folge davon ist, dass Macron unter Ausnützung des politischen Systems die Macht an sich bzw. sein engstes Umfeld gebunden hat. Alle wichtigen Entscheidungen fallen im Élysée-Palast, dem Amtssitz des französischen Staatsoberhauptes. Seine Regierung und der Premierminister sind schwach, und seine Partei nickt im Parlament die Gesetzesvorlagen im Wesentlichen nur mehr ab.

Wenn es nach dem Willen Macrons geht, dürfte sich an dieser Praxis in den nächsten fünf Jahren auch wenig ändern. Er hat angekündigt, die Kandidat:innen seiner Partei für die Wahlen zur Nationalversammlung allesamt erneut selbst auszusuchen. Das bedeutet keine gute Basis für einen lebendigen Parlamentarismus in der kommenden Legislaturperiode.

Parlamentswahlen im Juni: Eine Chance für die Linke?

Am 12. und 19. Juni sind die Französinnen und Franzosen aufgerufen, die 577 Abgeordneten der Nationalversammlung neu zu wählen. Die große Favoritin ist natürlich Macrons Partei La République en marche, die wieder hofft und intakte Chancen hat, die absolute Mehrheit zu erhalten. Marine Le Pen hat jedoch ihre Rede am Abend der Stichwahl dafür genützt, um eindringlich für ein starkes Gegengewicht zu Macron unter ihrer Führung zu plädieren. Schon vor der Stichwahl hat sich Jean-Luc Mélenchon in Stellung gebracht. Er möchte mit einer „Union populaire de la gauche“ (Linke Volksunion) unter der Führung seiner Partei La France insoumise (Unbeugsames Frankreich) eine Mehrheit und das Amt des Premierministers erringen.

Die große Frage ist nun, ob sich die Linke auf ein Bündnis mit einem gemeinsamen Programm, gemeinsamen Kandidat:innen in der Wahlbezirken oder zumindest Absprachen für die einzelnen Wahlbezirke einigen kann. Die Verhandlungen zwischen La France insoumise, Parti Socialiste (Sozialistische Partei), den Grünen von Europe Ecologie-Les Verts und der Kommunistischen Partei haben bereits begonnen und müssen aufgrund des Termindrucks auch demnächst abgeschlossen werden.

Um den Parti Socialiste steht es nicht gut. Anne Hidalgo, die durchaus erfolgreiche Bürgermeisterin von Paris, konnte in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen nur 1,7 % der Stimmen auf sich vereinigen. Dieses Ergebnis stellte für sie persönlich und natürlich auch für die Partei eine herbe Enttäuschung und einen großen Rückschlag im Hinblick auf die Parlamentswahlen dar. In Umfragen für die Parlamentswahlen werden der Partei nur rund fünf Prozent der Stimmen vorausgesagt.

Derzeit sind die Sozialist:innen mit 28 Abgeordneten und 64 Senator:innen im Parlament vertreten. Darüber hinaus stellt die Partei immerhin fünf von 21 Regionspräsident:innen und konnte auch bei den Lokalwahlen 2020 in etlichen Großstädten Erfolge verbuchen. Vierzehn der 42 Städte mit mehr als 100.000 Einwohner:innen werden von einer/einem sozialistischen Bürgermeister:in angeführt. Dieser Erfolg war allerdings nur durch Absprachen insbesondere mit den Grünen möglich.

Die Partei ist also bei weitem nicht bedeutungslos. Jedoch muss sie darum kämpfen, auf nationaler Ebene nicht in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Aus der Sicht der Partei, die von Olivier Faure angeführt wird, ist die Gefahr groß, dass La France Insoumise (derzeit 17 Abgeordnete in der Nationalversammlung) die klare Vorherrschaft innerhalb der Linken übernimmt und den Sozialist:innen nur wenige Wahlbezirke überlassen werden. Deshalb werden gewichtige Stimmen wie jene des ehemaligen Staatspräsidenten François Hollande laut, die vor einem Bündnis mit La France Insoumise warnen. Mélenchon war bis 2008 Mitglied der Sozialistischen Partei gewesen; seither ist das Verhältnis von Konkurrenz und Streit geprägt.

Umfragen zufolge, die jedoch noch mit Vorsicht zu genießen sind, könnte ein Linksbündnis bis zu einem Drittel der Wählerstimmen bei der ersten Runde der Parlamentswahlen erhalten. Dennoch dürfte die Linke aufgrund des Mehrheitswahlrechts nicht mehr als 100 Sitze erreichen, während Macrons La République en marche wieder eine klare absolute Mehrheit erringen könnte. Doch auch die Extreme Rechte könnte erstmals mit weit über 100 Abgeordneten eine starke Kraft in der Nationalversammlung

spielen. Interessant ist jedenfalls, dass sich eine klare Mehrheit der Französinen und Franzosen eine Cohabitation wünscht.

Ausblick

Macron wird in seiner zweiten Amtszeit mehr als bisher auf die Spaltung der Gesellschaft, die große Unzufriedenheit und die sozialen Probleme im Land eingehen müssen. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen bedeutet sowohl einen klaren Auftrag als auch eine Mahnung für Macron. Im eher unwahrscheinlichen Fall, dass die Parlamentswahlen zu einer wie immer gearteten Koalition oder gar Cohabitation führen sollten, dürfte das Land wohl noch unruhiger regiert werden. Der demokratischen Kultur Frankreichs würde ein selbstbewussteres Parlament jedoch guttun.

Es ist zu hoffen, dass die linken Parteien sich auf ein Bündnis einigen können und in den nächsten Jahren dauerhaft eine Vereinigung der französischen Linken gelingt. Nur dann kann sie mittel- und längerfristig wieder jene Rolle spielen, die ihr zusteht, und zurück an die Macht kommen. Es bleibt abzuwarten, ja zu bezweifeln, ob Jean-Luc Mélenchon die nötige Integrationsfigur sein kann.

Weiterführende Links und Literatur

Dabert, Fabien: Sondage des législatives 2022 : vers une majorité absolue pour Macron ? Les Français favorables à une cohabitation, auf: Linternaute.com, 28.4. 2022, abrufbar unter: <https://www.linternaute.com/actualite/politique/2626905-sondage-des-elections-legislatives-2022-quelle-majorite-en-juin/>.

De Weck, Joseph: Emmanuel Macron. Der revolutionäre Präsident, Berlin 2021.

Faure, Justine: Élections législatives : le Parti socialiste joue sa survie, auf: TF1Info, 27.4.2022, abrufbar unter: <https://www.tf1info.fr/politique/elections-legislatives-2022-le-parti-socialiste-joue-sa-survie-2218104.html>.

Insee: Niveau de vie et pauvreté par région, 2021, abrufbar unter: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/5371235?sommaire=5371304>.

IPSOS Wahlbefragungen:

- Teinturier, Brice, Doridot, Jean-François: Début du quinquennat, législatives : priorité à l'apaisement, April 2022, abrufbar unter: <https://www.ipsos.com/fr-fr/presidentielle-2022/second-tour-lapres-scrutin>.
- Teinturier, Brice, Doridot, Jean-François: 2022 Élection Présidentielle, Comprendre le vote des Français, 2d tour, April 2022, abrufbar unter: https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2022-04/Sondage%20Ipsos%20Sopra%20Steria_Comprendre%20le%20vote%20des%20Franc%CC%A7%20ais%2024%20avril%202022%2020h%202.pdf.
- Teinturier, Brice, Doridot, Jean-François: Second tour : profil des abstentionnistes et sociologie des électors, April 2022, abrufbar unter: <https://www.ipsos.com/fr-fr/presidentielle-2022/second-tour-profil-des-abstentionnistes-et-sociologie-des-electors>.
- Teinturier, Brice, Doridot, Jean-François: Second tour : un vote sans enthousiasme, April 2022, abrufbar unter: <https://www.ipsos.com/fr-fr/presidentielle-2022/second-tour-comprendre-le-vote-des-francais>.

Karl-Renner-Institut: Frankreich wählt. Blog und Video von der Veranstaltung „Frankreich wählt“ am 23.3.2022 mit Joseph de Weck und Joëlle Stolz, abrufbar unter: <https://renner-institut.at/blog/frankreich-waehlt>.

Le Meneec, Thibaud: Elections législatives : de La France insoumise au Parti socialiste en passant par les Verts, la gauche réussira-t-elle à s'unir ?, auf: Franceinfo, 27.4.2022, abrufbar unter: https://www.francetvinfo.fr/elections/legislatives/elections-legislatives-de-la-france-insoumise-au-parti-socialiste-la-gauche-reussira-t-elle-a-s-unir_5105515.html.

Marchl, Gerhard: Frankreich im politischen Umbruch. Der Sieg Macrons und die bevorstehenden Parlamentswahlen, Politik aktuell 2017/3, Mai 2017, ed.: Karl-Renner-Institut, abrufbar unter: <https://renner-institut.at/publication/politik-aktuell-2017-3-frankreich-im-politischen-umbruch-der-sieg-macrons-und-die-bevorstehenden-parlamentswahlen>.

Ministère de l'Intérieur: Election présidentielle 2022, Résultats 2d tour, abrufbar unter: <https://www.resultats-elections.interieur.gouv.fr/presidentielle-2022/index.html>.

Wikipedia-Artikel:

- Élections législatives françaises de 2022, abrufbar unter: https://fr.wikipedia.org/wiki/%C3%89lections_l%C3%A9gislatives_fran%C3%A7aises_de_2022.
- Élections municipales françaises de 2020, abrufbar unter: https://fr.wikipedia.org/wiki/%C3%89lections_municipales_fran%C3%A7aises_de_2020.
- Quinquennat, abrufbar unter: <https://fr.wikipedia.org/wiki/Quinquennat>.
- Référendum constitutionnel français de 2000, abrufbar unter: https://fr.wikipedia.org/wiki/R%C3%A9f%C3%A9rendum_constitutionnel_fran%C3%A7ais_de_2000.